

Auswirkungen der Gebietsreform auf die Entwicklung der neu nach Erlangen eingegliederten Gebiete*

von

ANGELA MACHINEK-SCHMITT

Mit 1 Kartenskizze

Im Rahmen der Gebietsreform in Bayern wurden am 1. Juli 1972 die Nachbargemeinden Tennenlohe, Eltersdorf, Hüttendorf, Kriegenbrunn, Frauenaaurach und Großdechsendorf sowie die bisher gemeindefreien Gebiete Klosterwald und Mönau in die Stadt Erlangen aufgenommen. Das Stadtgebiet nimmt seitdem das doppelte Flächenareal ein. Die Wohnbevölkerung Erlangens stieg durch die Eingemeindung um 11 646 Personen auf 97 461 Einwohner (Stand Dezember 1971)¹, was einer Bevölkerungszunahme von 13,6 % entspricht.

Die folgenden Ausführungen können nur als erster Versuch gewertet werden, Ansätze von Auswirkungen der Gebietsreform auf die Entwicklung der neu nach Erlangen eingegliederten Gebiete anzudeuten, da in der Zeit des Entstehens dieser Arbeit (1974—1975) weitreichende Aussagen noch nicht möglich waren.

Allgemeine Richtlinien der Stadt für die Entwicklung der Ortsteile

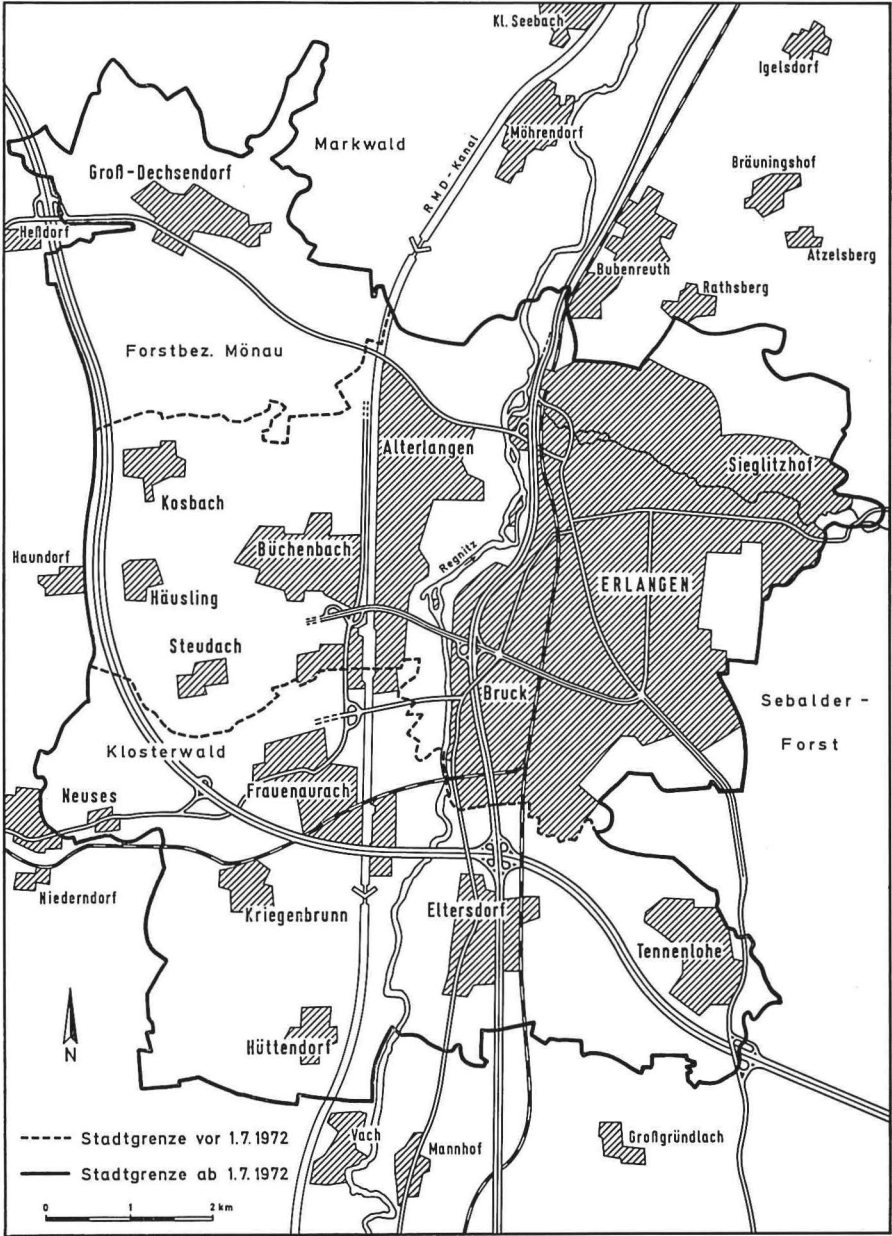
Aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen wurde folgendes Planungskonzept der Stadt erkennbar:

1. Die Stadt ist durch die Eingemeindungsverträge dazu verpflichtet, besonders die Infrastruktur der betreffenden Ortsteile zu verbessern. Zur Finanzierung dieser Infrastrukturmaßnahmen sollen in erster Linie die jeweiligen Steueraufkommen der Ortsteile verwendet werden. Die Ortsteile sollen jedoch nicht entsprechend ihrem prozentualen Anteil am Gesamtsteueraufkommen, sondern entsprechend ihrer Bedürftigkeit finanzielle Mittel erhalten.

Obwohl von finanzstarken Ortsteilen immer wieder behauptet wurde, daß die Stadt durch die Eingemeindung finanzielle Vorteile erreicht hätte,

*) Zusammenfassung einer Staatsexamensarbeit, die am Geographischen Institut der Universität Erlangen-Nürnberg im Jahre 1975 abgeschlossen wurde.

1) Statistische Umschau 1967—1972, Sonderdruck aus dem Einwohnerbuch der Stadt Erlangen 1972, Erlangen 1972, S. 3.



Übersichtsskizze des Stadtgebiets von Erlangen

läßt sich für die Rechnungsjahre 1973 und 1974 feststellen, daß die Stadt Erlangen mit ihren Investitionsleistungen für die Ortsteile um 11,3 % über deren Gesamtsteueraufkommen lag. Nach dem vorliegenden Zahlenmaterial läßt sich eine ähnliche Entwicklung für das Rechnungsjahr 1975 voraussagen.

2. Die Stadt ist bereit, die Ansiedlung neuer Industrien in bereits bestehenden Industriegebieten mit ausreichender Infrastruktur zu fördern, sofern die wirtschaftliche Lage dies ermöglicht. In Gebieten ohne genügende Infrastruktur, deren Erschließung mit zu hohen finanziellen Belastungen verbunden wäre, muß die Stadt Erlangen von weiteren Industrieneuansiedlungen Abstand nehmen.

3. Landwirtschaft soll weiterhin auf günstiger landwirtschaftlicher Nutzfläche (LNF) beibehalten werden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß einem Gesundschumpfen der Landwirtschaft Einhalt geboten wird — vielmehr ist es offensichtlich so, daß für die Stadt nicht die Größe der Betriebe ausschlaggebend ist, sondern daß landwirtschaftlich genutzte Flächen im Gesamtplanungskonzept der Stadt die Funktion von Pufferzonen erfüllen sollen.

Ob sich dieses Planungskonzept allerdings mit den Wünschen und Absichten der betroffenen Landwirte deckt, sei dahingestellt. Häufig sind die Betriebsflächen derart klein, daß sie für die Landwirte keine ausreichende Existenzgrundlage mehr darstellen; die Aufgabe solcher Betriebe ist die Konsequenz.

4. Ein weiteres Interesse der Stadt liegt darin, der Zersiedelung der Landschaft Einhalt zu gebieten. Hierzu gehören die Versuche, abgerundete Siedlungsbilder zu schaffen, das heißt, das planlose Ausufernde der Ortsteile zu verhindern. Dies gilt vor allem auch für Flächen mit Wohnbebauung, die nur dann eine Ausweitung erfahren sollen, wenn echter Bedarf dafür besteht.

5. Es liegt nicht nur im Interesse der Stadt Erlangen, sondern auch im Interesse des Freistaates Bayern, den Ausbau von Naherholungsflächen zu fördern. Die Naherholung umfaßt in erster Linie die Kurzzeiterholung in den landschaftlichen Bereichen außerhalb der Stadt oder des Ballungsgebietes.

Diesen allgemeinen Richtlinien kann entnommen werden, daß die Stadt versuchen wird — allerdings auf weitere Sicht —, die Ortsteile hinsichtlich ihres Entwicklungsstandes, jedoch unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Funktion, auf ein gleichwertiges Niveau zu bringen.

Tennenlohe und Eltersdorf

Die räumliche Nachbarschaft zueinander und der beiderseitig enge Kontakt zur Zentralstadt zeichneten die beiden Gemeinden Tennenlohe

und Eltersdorf schon vor der Eingemeindung aus. Diese Ähnlichkeit kehrt auch in der Berufsstruktur der Ortsteile wieder. Eine weitere Gemeinsamkeit liegt darin, daß beide Ortsteile keine großen flächenmäßigen Ausdehnungsmöglichkeiten mehr besitzen, da sie zwischen wichtigen Verkehrsadern eingebunden sind und im Falle Eltersdorf noch auf Naturgegebenheiten (Hochwassergrenze im Regnitzgrund) Rücksicht genommen werden muß.

Tennenlohe und Eltersdorf, in erster Linie Wohnstätten für Angestellte und Beamte, befanden sich, was die Ver- und Entsorgung sowie die verkehrsmäßige Erschließung betrifft, bereits vor der Eingemeindung auf relativ hohem Entwicklungsniveau. Straßen und Kanalisation waren in den bisher bebauten Bereichen der Ortsteile nahezu fertiggestellt. Allerdings muß für Eltersdorf festgehalten werden, daß die 1966 auf 3 000 Einheiten ausgelegte Kläranlage im Gegensatz zu dem auf 10 000 Einheiten ausgelegten Kanalsystem zu klein ist. Ebenso standen noch Restausbauten von Straßen aus, besonders in den noch nicht vollständig bebauten Gebieten. Bedeutende Einrichtungen des Dienstleistungssektors wurden schon vor der Eingemeindung fast ausschließlich in Erlangen genutzt.

Bereits in den sechziger Jahren hatten sich Gewerbe- und Industriebetriebe in Tennenlohe und Eltersdorf angesiedelt. Jedoch reichten die angebotenen Arbeitsplätze nicht für alle am Ort ansässigen Erwerbstätigen aus, zumal in den größeren Betrieben auch eine große Zahl von Einpendlern Beschäftigung findet.

Tennenlohe und Eltersdorf hatten sich nicht um die Eingemeindung bemüht, sondern wurden im Zuge der Gebietsreform nach Erlangen eingegliedert. Unter diesem Vorzeichen ist auch das Verhalten der Bürger zu werten. Die Reaktion auf die Eingemeindung war sehr unterschiedlich, und man muß dabei zwischen alteingesessenen Bürgern und Neubürgern differenzieren. Von Bedeutung für die alteingesessenen Bürger war der Verlust ihrer selbständigen Verwaltungsfunktion. Vor der Eingemeindung konnten viele verwaltungstechnische Fragen im Ort selbst geklärt werden. Durch die Eingemeindung trat hier eine Veränderung ein: viele verwaltungstechnische Angelegenheiten müssen nun im Erlanger Rathaus erledigt werden. Der Umstellung und der Vielfalt der Ämter stehen jedoch zahlreiche Altbürger häufig hilflos gegenüber. Für die Neubürger ist die verwaltungstechnische Neuorganisation nicht relevant, da sie größtenteils bis zu ihrem Wohnungswechsel in Erlangen-Stadt oder in anderen Städten wohnten und ihnen somit die städtische Verwaltung bereits vertraut war. Diese Personengruppe setzte andere Prioritäten. Für sie war die Einrichtung von Kinderspiel- und Bolzplätzen sowie die Eröffnung einer neuen (Eltersdorf) oder einer zweiten Buslinie (Tennenlohe) im Ortsteil vorrangig.

Seit der Eingemeindung hat die Stadt auf dem Gebiet der Infrastruktur bereits Erhebliches geleistet. Die wichtigsten Projekte seien hier genannt:

1. Die verkehrsmäßige Anbindung an die Zentralstadt wurde für Tennenlohe verbessert, Eltersdorf erhielt eine Buslinie nach Erlangen.

2. Restausbauten des Kanal- und Straßensystems wurden durchgeführt. Darüber hinaus ist in Eltersdorf für Herbst 1975 der Baubeginn eines Rückhaltebeckens bei der Kläranlage vorgesehen, in Tennenlohe ist der Baubeginn eines weiterführenden Kanalisationsammlers geplant.

3. In Eltersdorf wurde der Bau des katholischen Gemeindezentrums nicht unwesentlich bezuschußt; auch in Tennenlohe leistete die Stadt Zuschüsse für den Bau des katholischen Kindergartens.

Sowohl in Tennenlohe als auch in Eltersdorf überstiegen die Investitionsleistungen der Stadt die Steueraufkommen der jeweiligen Ortsteile in den Rechnungsjahren 1973 und 1974 um ca. 950 000,— DM bzw. um ca. 340 000,— DM. Während in Tennenlohe aller Voraussicht nach auch im Rechnungsjahr 1975 die Investitionsleistung der Stadt das Gesamtsteueraufkommen übersteigen wird, scheint in Eltersdorf eine Änderung einzutreten. Nimmt man das Steueraufkommen von Eltersdorf von 1974 als Rechnungsgrundlage, so wird es die geplanten Investitionen seitens der Stadt 1975 übersteigen.

Sowohl im Falle Tennenlohe als auch Eltersdorf wurden die ursprünglichen Konzepte der ehemals selbständigen Gemeinden zum großen Teil in die Stadtentwicklungsplanung übernommen. So ist in beiden Ortsteilen eine behutsame Ausdehnung der Industrie- und Gewerbebetriebe sowie der Wohnbereiche vorgesehen. Jedoch wird auch der Funktion der landwirtschaftlichen Nutzflächen als Pufferzonen (Lärmschutz) bzw. als Flächen der Naherholung große Bedeutung zugemessen.

Kriegenbrunn und Frauenaarach (mit Neuses)

Die Ortsteile Kriegenbrunn und Frauenaarach weisen Ähnlichkeiten bezüglich ihrer Sozial- und Berufsstruktur auf, wobei sich ein starker Überhang an Arbeitern feststellen läßt. Als entscheidendes Kriterium ist jedoch ein gewisses Prestigedenken der beiden Ortsteile anzusprechen, das auf das hohe Steueraufkommen zurückzuführen ist und das sich in geplanten Großprojekten äußerte. Das hohe Steueraufkommen läßt sich im Falle Kriegenbrunn auf das Großkraftwerk Franken II, in Frauenaarach auf die Konzentration von Gewerbe- und Industriebetrieben zurückführen. Unterschwellig dürfte das Prestigedenken auch auf emotionale Gründe zurückzuführen sein, da die Kriegenbrunner und Frauenaaracher Bürger sich des Gefühles nicht erwehren können, daß ihnen von seiten der Stadt Erlangen nicht genug Anerkennung für die eingebrachten Leistungen entgegengebracht wird. Auch der beiderseitige Wunsch nach gesteigertem Wachstum, das eine Zersiedelung der Landschaft zur Folge gehabt hätte, ist aus den ehemaligen Plänen zu ersehen, die jedoch zum Teil noch keine Rechtskraft erlangt hatten.

Wie in Kriegenbrunn waren auch die Frauenaauracher Bürger ausgesprochene Gegner der Eingemeindung. Die Gründe dürften ähnlicher Natur sein. — Für die Kriegenbrunner Altbürger waren nicht die Distanzüberwindung bzw. die Unkenntnis des städtischen Verwaltungsapparates entscheidend; vielmehr war es die Tatsache, daß seit der Eingemeindung die Zahl der Grundstücksverkäufe erheblich abgenommen hat. Dies läßt sich auf eine Zurückstellung eines Teiles des Bebauungsgebietes Ost zurückführen: der Bereich zwischen altem Ortskern und bereits bestehender Neubausiedlung darf vorerst nicht bebaut werden. — Ein weiterer Grund für die Verärgerung der Kriegenbrunner Bürger liegt in der Weigerung der Stadt, dem Aufbau eines Industriegebietes östlich der Hüttendorfer Straße zuzustimmen.

Frauenaaurach weist unter den sechs neuen Ortsteilen das größte Steueraufkommen überhaupt auf. Entsprechend dem hohen Steuerniveau waren auch die Zukunftspläne der Frauenaauracher Gemeinde hochgesteckt. Ohne Rücksicht auf die stark überlastete Kanalisation sollten die Wohngebiete und die Industrieflächen erweitert werden; außerdem stand ein Sonderprojekt zur Diskussion: der Bau eines Freibades.

Diese Pläne zur Erweiterung der Wohn- und Industrieflächen wurden von der Stadt drastisch eingeschränkt oder gänzlich zurückgestellt, da der Ausbau der Kanalisation vor weiterer Bebauung, insbesondere industrieller Art, Vorrang haben muß. Die erwähnten Zurückstellungen bzw. Streichungen brachten natürlich einen Rückgang des Grundstücksgeschäftes mit sich — ein weiterer Grund zur Verärgerung der Frauenaauracher Bürger. Ein anderer Grund liegt darin, daß das Frauenaauracher Steueraufkommen nicht in voller Höhe in den Ortsteil selbst zurückfließt, sondern von der Stadt zum großen Teil anderweitig verwendet wird, so zum Beispiel zum Ausbau des Naherholungsgebietes Dechsendorf.

Sowohl für Kriegenbrunn als auch für Frauenaaurach wurde nach der Eingemeindung die verkehrsmäßige Anbindung an die Zentralstadt verbessert; es wurden auch die Nachfolgelasten im Straßen- und Kanalbau übernommen. Als weitere bedeutende Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur sind der Neubau eines städtischen Kindergartens in Kriegenbrunn und die Fertigstellung des letzten Bauabschnittes an der Teilhauptschule in Frauenaaurach zu nennen.

Das gemeindlich zu Frauenaaurach gehörende Neuses stellt insofern einen Problemfall dar, als es, an der südwestlichen Stadtgrenze Erlangens gelegen, mit seinem Neubaugebiet mit der Gemeinde Niederndorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, zusammengewachsen ist. Auch funktional ist Neuses nach Niederndorf oder Herzogenaaurach ausgerichtet. Obwohl Erlangen gegenwärtig größere Investitionen in Neuses tätigt und Neuses auch gemeindlich nach Erlangen tendiert, erhebt sich die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, Neuses Niederndorf anzugliedern, da es bereits jetzt, auf-

grund der geringen Distanz, zur Nachbargemeinde vielschichtige Beziehungen unterhält.

Kriegenbrunn, aber mehr noch Frauenaarach sind die — finanziell gesehen — „großen Verlierer“ der Eingemeindung. Denn sowohl in Kriegenbrunn als auch in Frauenaarach übersteigt das jeweilige Steueraufkommen die Investitionen der Stadt. So erhielt Frauenaarach als Ortsteil mit dem höchsten Steueraufkommen in den Rechnungsjahren 1973 und 1974 — nur Hüttendorf ausgenommen — die niedrigsten Gesamtinvestitionen. Eine ähnliche Tendenz läßt sich, mit nur geringen Abweichungen, auch für 1975 voraussagen.

Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung soll in Kriegenbrunn der Wohncharakter des Ortsteiles voll erhalten bleiben. Mehrgeschossige Bebauung allerdings, die im noch ausstehenden Baugebiet verwirklicht werden sollte, wurde von der Stadt abgelehnt. Ebenfalls taucht das von der ehemaligen Gemeinde geplante Industrie- und Gewerbegebiet im neuen Bereichsplan nicht mehr auf. — In Frauenaarach soll auch in Zukunft Industrieansiedelung gewährleistet werden — zumindest in dieser Hinsicht bleibt das alte gemeindliche Planungskonzept erhalten. Jedoch werden sich infolge der bereits vierfach überlasteten Kanalisation erhebliche zeitliche Verschiebungen ergeben.

Das Aurachtal darf auch in Zukunft nicht verbaut werden. Es wird weiterhin in erster Linie landwirtschaftlich genutzt werden und soll Erholungszwecken dienen. Die restlichen Flächen bleiben weiterhin der Landwirtschaft, in Randbereichen der Forstwirtschaft vorbehalten.

Hüttendorf

Es gibt eine Reihe von Besonderheiten, die es notwendig erscheinen lassen, Hüttendorf getrennt von den anderen Ortsteilen zu behandeln. Als wichtigster Grund ist die Tatsache anzuführen, daß Hüttendorf im Grenzbereich zweier zentralörtlicher Systeme liegt: dem von Erlangen und von Fürth. Des weiteren besitzt Hüttendorf, zumindest im alten Ortskern, eine ausgesprochen landwirtschaftlich orientierte Berufsstruktur. Diese gibt dem Ortsteil seine Prägung und läßt ihn eine besondere Stellung unter den sechs Ortsteilen einnehmen.

Vor der Eingemeindung wurde Hüttendorf von keinem öffentlichen Verkehrsmittel tangiert. Konnten die Hüttendorfer Bürger nicht mit dem eigenen Pkw nach Fürth oder Erlangen gelangen, so waren sie auf die öffentlichen Nahverkehrsmittel von Nachbargemeinden angewiesen.

Straßen- und Kanalbau waren zum Zeitpunkt der Eingemeindung weitgehend fertiggestellt. Noch ausstehende Arbeiten an Straße, Kanal und Regnitzbrücke waren damals bereits vergeben. Die Abwasserüberleitung erfolgte nicht nach Frauenaarach oder Erlangen, sondern nach Vach. Über-

dies war Hüttendorf dem Telefonnetz von Nürnberg angeschlossen. Die Volksschule war lange vor der Eingemeindung bereits aufgelöst worden. Kindergarten, Kinderhort oder ähnliche Einrichtungen waren nicht vorhanden. Gleiches galt für die ärztliche Versorgung.

Als die Frage der Eingemeindung auftauchte, war ein Großteil des heutigen Neubaugebietes noch nicht besiedelt. Die Altbürger, deren Vorstellung einer Großgemeinde Frauenaaurach — Kriegenbrunn — Hüttendorf keine Verwirklichung fand, waren nahezu vollständig gegen eine Eingemeindung. Dafür gab es mehrere Gründe:

1. Besonders für Hüttendorf stellte und stellt sich das Problem der Distanzüberwindung, da es bis zum Zeitpunkt der Eingemeindung kein öffentliches Verkehrsmittel im Ortsteil gab.

2. Die Altbürger hatten bis zum Zeitpunkt der Eingemeindung keinerlei Erfahrung im Umgang mit einer städtischen Verwaltung, da alle anstehenden Probleme im Ort selbst bzw. im Landratsamt erledigt werden konnten.

3. Es besteht bei den Altbürgern auch die weitverbreitete Annahme, eine städtische Verwaltung verstünde die Probleme der Landwirte nicht und sei auch nicht gewillt, für sie Verständnis zu zeigen. Zwar ist es zutreffend, daß es von seiten der Stadt keinen Fachreferenten für die spezifischen Probleme der Landwirte gibt, jedoch können mögliche anfallende Fragen von den zuständigen Sachbearbeitern anderer Referate durchaus gelöst werden.

Nach der Eingemeindung wurde Hüttendorf durch eine Busverbindung an Erlangen angeschlossen. Diese stellt allerdings zum jetzigen Zeitpunkt keine echte Verbesserung dar, da sich die Fahrtenfolge seit Juni 1975 verschlechterte. Weiterhin wurde von seiten der Stadt die Restfinanzierung von Brücken- und Straßenbauarbeiten übernommen.

In Hüttendorf zeichnet sich seit der Eingemeindung eine zentralörtliche Umorientierung ab. Vor der Eingemeindung war Hüttendorf in vielen Bereichen des tertiären Sektors, bedingt durch bessere Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, nach Vach bzw. Fürth ausgerichtet. Die Eingemeindung und, damit verbunden, die verkehrsmäßige Anbindung an Erlangen sowie die Notwendigkeit, die städtische Verwaltung in Erlangen aufzusuchen, bewirkten erste Ansätze dieser Umorientierung. Beide Umstände hatten zur Folge, daß die Deckung des gehobenen Bedarfs und die fachärztliche Betreuung in zunehmendem Maße sich nach Erlangen verlagerten. Vach bzw. Fürth verlieren für die Hüttendorfer Bürger an Attraktivität.

Im ganzen gesehen ist Hüttendorf mit seinem geringen Steueraufkommen ein gutes Beispiel für die Bedeutungslosigkeit eines solch kleinen Wohngebietes innerhalb der Stadt, was sich wohl auch in der Tatsache wi-

derspiegelt, daß für den Bereich Hüttendorf kein Bereichsplan existiert. Die nach dem bereits gültigen Bebauungsplan ausgewiesenen Flächen sollen auch weiterhin der reinen Wohnbebauung vorbehalten bleiben; neue Flächen werden nicht mehr ausgewiesen, obwohl die Kanalisation eine weitere Bebauung verkraften würde. Ein Gewerbegebiet ist im Bereich Hüttendorf nicht vorgesehen. Die landwirtschaftliche Struktur des Ortsteiles soll auch weiterhin beibehalten werden.

Dechsendorf

Dechsendorf stellt unter allen sechs Ortsteilen insofern eine Ausnahme dar, als es sich als einziger um die Eingemeindung nach Erlangen bemühte, da abzusehen war, daß eine Eingemeindung der Gemeinde von Nutzen sein würde. Dechsendorf erfüllte schon von jeher die Naherholungsfunktion für die Stadt Erlangen. Da das Naherholungsprojekt „Dechsendorfer Weiher“ bereits vor der Gebietsreform geplant war, erwies es sich für die Stadt als günstig, dieses Gebiet im eigenen Kompetenzbereich zu wissen.

Das bei 3 000 Einwohnern mit rund 700 000,— DM jährlich relativ geringe Steueraufkommen läßt den Schluß zu, daß sich die Infrastruktur zum Zeitpunkt der Eingemeindung auf nicht allzu hohem Niveau befunden haben kann. So galten der Straßenzustand und die Kanalisation des Ortsteiles als wirklich unzureichend. Wegen der überalterten Kanalisation mußte bereits zum Zeitpunkt der Eingemeindung ein totaler Baustopp verfügt werden. Der Wunsch der ehemaligen Gemeinde, ein ausgesprochenes Industriegebiet zu schaffen, scheiterte in erster Linie an eben dieser mangelnden Infrastruktur, und so siedelten sich nur Gewerbebetriebe in Mischbebauung im Ortsteil selbst an.

Schon ehe eine Eingemeindung nach Erlangen zur Diskussion stand, war in Dechsendorf die Frage erwogen worden, ob nicht die kreismäßige Umgliederung vom Landkreis Höchstadt a. d. Aisch in den damaligen Landkreis Erlangen angestrebt werden sollte. Dieses Ziel konnte nicht mehr verwirklicht werden, da 1972 die Gebietsreform in Kraft trat. Wegen der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen der früheren Gemeinde war Dechsendorf die einzige der hier behandelten Kommunen, die in der Abstimmung für eine Eingemeindung nach Erlangen votierte. Mit seinem schon vor der Eingemeindung geplanten Ausbau des Weihergebietes zu einem Naherholungsgebiet war Dechsendorf von Anfang an von besonderem Interesse für den Erlanger Stadtrat. Der Ortsteil war sich seiner Stellung und der daraus zu erwartenden Bevorzugung seitens der Stadt bewußt, und ein rühriger Ortsbeiratsvorsitzender verstand es, geschickt die Situation auszunutzen. Obwohl die Investitionen das Steueraufkommen Dechsendorfs bei weitem übersteigen, wird von Dechsendorfer Seite versucht, der Stadt immer größere Leistungen abzuverlangen. Bei einem jährlichen Steueraufkommen des Ortsteiles von ungefähr 700 000,— DM waren

die Investitionen der Stadt, gemessen an diesem Betrag, in den Rechnungsjahren 1973 und 1974 doppelt so hoch; sie werden im Rechnungsjahr 1975 sogar den dreifachen Betrag erreichen.

Nach der Eingemeindung mußte die Stadt Erlangen die Nachfolgelasten des Kanalbaus und des Straßenbaus übernehmen. Die verkehrsmäßige Anbindung des Ortsteiles an die Stadt wurde verbessert, und der Ausbau des katholischen Kindergartens wurde finanziell unterstützt.

Als wichtigster Planungspunkt ist jedoch der Ausbau des Naherholungsprojektes „Dechsendorfer Weiher“, des nordbayerischen Modellvorhabens für ein Naherholungszentrum in einem Ballungsraum, zu nennen. Nach vorläufigen Schätzungen belaufen sich die Gesamtkosten für das Naherholungsprojekt — mit dem Ausbau ist 1973 begonnen worden — mit dazugehöriger Verkehrsanbindung auf rund 20 Millionen DM. Im Investitionsprogramm der Stadt sind bis 1977 dafür 4,5 Millionen DM vorgesehen. Die restlichen 15,5 Millionen DM werden vom Bayerischen Staat mit 6,5 Millionen DM, durch ein 6,5 Millionen DM-Darlehen zu 3,5 % Zinsen und durch die 2,5 Millionen DM Restfinanzierung der Stadt Erlangen aufgebracht. Jedoch haben die Nachbarstädte und Nutznießer Nürnberg, Fürth und Schwabach finanzielle Hilfestellung zugesagt.

Die Planung der ehemaligen Gemeinde Dechsendorf sah die Verdoppelung der bestehenden Wohnbebauung auf Kosten weiter Waldbereiche vor. Von seiten der Stadt wurde dieser Planung jedoch aus zweierlei Gründen Einhalt geboten. Erstens besteht kein Bedarf und keine Notwendigkeit zur Erweiterung des Ortsteiles, dann aber hätte sie auch eine Beeinträchtigung der Naherholungsfunktion Dechsendorfs dargestellt. Es soll deshalb nur die bisher teilweise lückenhafte Wohnbebauung vervollständigt werden.